



## Niederschrift

### 51. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 31.05.2006
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:20 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Stadthaus, R. 280 a

---

#### Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Steinicke, Alexander	DIE LINKE. PDS	in Vertretung Frau B. Müller
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Kümmel, Harald	SPD	
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Bretz, Steeven	CDU	
Herr Heinzl, Horst	CDU	
Frau Paulsen, Bettina	CDU	
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis/FDP	ab ca. 17:10 Uhr
Frau Grimm, Ute	Die Andere	

#### Nicht anwesend sind:

Frau Müller, Birgit	DIE LINKE. PDS	entschuldigt
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	entschuldigt
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	nicht anwesend

#### Gäste:

Herr B. Exner, GB 1  
Frau G. Fischer, GB 2  
Frau E. Müller, GB 3  
Herr G. Jankowski (113)  
Herr H.-J. Wendl (903)  
Herr Jesse, Sanierungsträger  
Herr Chr. Erdmann, Rechnungsprüfungsamt  
Frau V. Holtkamp (462)  
Herr N. Praetzel (47)  
Frau A. Calek (16)  
Herr Richter (KIS)  
Frau K. Jantzen (491)  
5 Vertreter der Bürgerinitiative  
„Griebnitzsee für alle“  
Herr W. Hadlich (901)  
Frau H. Ziegenbein als Schriftführerin

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 10.5.2006
- 2 Public-Private-Partnership an Potsdamer Schulen und Kindertagesstätten  
Vorlage: 06/SVV/0225  
Fraktion SPD  
mit Ergänzungsantrag der Fraktion SPD
- 3 Schuldrechtsanpassungsgesetz  
Vorlage: 06/SVV/0312  
Fraktion DIE LINKE. PDS
- 4 Sonderstraßenbaubeitragssatzung für die baulichen Maßnahmen der Landeshauptstadt Potsdam für den Zeitraum vom 21.11.1997 bis 05.08.2003  
Vorlage: 06/SVV/0391  
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 5 Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans Nr. 8 Griebnitzsee  
Vorlage: 06/SVV/0394  
Oberbürgermeister, FB Bauplanung und Bauordnung
- 6 Investorenservice  
Vorlage: 06/SVV/0403  
Fraktion SPD  
mit Ergänzungsantrag
- 7 Kooperationsvereinbarung Landtagsneubau  
Vorlage: 06/SVV/0406  
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 8 Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für Modellprojekte der Jugendarbeit  
Vorlage: 06/SVV/0478  
Oberbürgermeister, FB Jugendamt
- 9 Mitteilungen der Verwaltung
- 9.1 Stellungnahme der Verwaltung zu dem Eckpunktepapier - Novellierung der Gemeindeordnung  
  
entsprechend Festlegung HA 10.05.06
- 9.2 Sachstandsbericht Freizeitbad
- 9.3 Informationen zum Zeitplan für die Haushaltsplanaufstellung 2007  
aus HA 10.05.2006
- 9.4 Bericht zur Vorbereitung der Fussball-WM, insbesondere zu den erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen und zur Großleinwand am Brandenburger Tor
- 10 Sonstiges

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

- zu 1 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 10.5.2006**  
Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).  
Zur **öffentlichen Tagesordnung** gibt es keine Hinweise und Änderungsvorschläge; die Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung des Hauptausschusses wird **bestätigt**.

Zum **Protokoll** der öffentlichen Teils der 50. Sitzung vom 10.05.2006 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; das Protokoll wird mit 11 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

- zu 2 **Public-Private-Partnership an Potsdamer Schulen und Kindertagesstätten**  
**Vorlage: 06/SVV/0225**

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister Herrn Grugel vom Städte- und Gemeindebund und bittet ihn, zur Thematik PPP aus Sicht des Städte- und Gemeindebundes Stellung zu nehmen.

Herr Grugel führt dazu aus, dass die öffentlichen Verwaltungen auf PPP-Modelle zurückgreifen, weil ein Zutrauen in Unternehmen bestehe, dass die „das können“. Die Erfahrungen zeigen, dass es Kostenvorteile gebe sowie eine größere Verlässlichkeit unternehmerischen Handelns, da dies nicht der politischen Einflussnahme unterliege. Ebenso gebe es keine Reibungsverluste, die u. a. öffentliche Bauten teurer machen. Durch eine strategische Steuerung der Projekte kämen Unternehmen schneller zum Ziel und sparen Kosten.

All das sei aber auch in der öffentlichen Verwaltung möglich, wenn nicht aus tagespolitischer Sicht heraus Entscheidungen neu hinterfragt und verändert werden. Dies könne die öffentliche Verwaltung selbst lernen und danach handeln. PPP-Projekte seien **kein** direkter Beitrag, um den Haushalt zu konsolidieren, weil die angestrebte Kostenersparnis auch selbst erreicht werden könne. Darüber hinaus gebe es bei PPP-Modellen den Nachteil, dass ihnen ein stringentes Vertragswerk zugrunde liegt, was kaum nachgebessert werden könne. So haben Kommunen die Erfahrung machen müssen, dass bei der Planung Dinge „vergessen“ wurden, die dann auch im Nachhinein nicht nachgeholt werden können.

PPP-Projekte seien keine Erfindung der öffentlichen Hand; sie seien aus der wirtschaftlichen Lage des Baugewerbes entstanden mit dem Ziel, öffentliche Aufträge zu erhalten. Er sehe eine gute Variante darin, kommunale und PPP-Projekte gleichzeitig laufen zu lassen, um durch die entstehende Konkurrenzsituation zu sehen, was besser laufe.

In der sich anschließenden Diskussion betont Herr Schubert, dass es Ziel des Antrages sei, den schlechten Zustand der Schulen und Kitas schnellstmöglich zu verbessern und nicht darin bestehe, die Bauwirtschaft anzukurbeln. Auch er sehe es so, dass eine Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsanalyse nötig sei. Die Fraktion der SPD habe überlegt, wie es gelingen könne, trotz der angespannten

Haushaltslage größere Schritte zu gehen. Die Überlegungen bezüglich PPP sollten bis dahin gehen, dass das Innenministerium eine unverbindliche Aussage treffe, ob ein solches Projekt genehmigt werde oder nicht.

Herr Schüler meint, dass bisher niemand gesagt habe, ein PPP-Projekt gehe besser, schneller oder zuverlässiger. Bisher hieß es immer, es könne funktionieren, ebenso gut oder schlecht wie durch die öffentliche Hand selbst. Wenn man meine, PPP sei besser, so sollte ein Objekt ausgewählt werden, dafür eine Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsanalyse erstellt werden und dann werde man sehen, ob es gehe oder nicht.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass jede Chance genutzt werden solle, um die Problemlösung zu beschleunigen, wenn es denn wirklich eine Chance sei. Bezüglich PPP gebe es keine positiven Erfahrungen; andererseits stoße die öffentliche Hand an die Grenzen der Haushaltsmöglichkeiten. Das Innenministerium müsse auch bei PPP genehmigen und werde sich dabei am Haushalt der Stadt orientieren. Insofern warne er vor überzogenen Hoffnungen.

Er fragt Herrn Richter vom KIS, ob die PPP-Variante absehbare Vorteile z. B. für den Campus Am Stern und die Schule „Am Pappelhain“ bringe.

Herr Richter verweist auf die bekannte Zeitschiene und meint, dass bei vorliegenden Haushaltsmitteln das Projekt einfach zu realisieren sei. Bei Einbeziehung einer PPP-Variante befürchte er eine „brake“ (Unterbrechung), z. B. wegen der Prüfungs- und Genehmigungsverfahren. So werde dies kaum wirtschaftliche Vorteile bringen und auch keine zeitliche Beschleunigung.

Daraufhin beantragt Herr Dr. Scharfenberg, den im Ergänzungsantrag enthaltenen Punkt 4 zur Schule „Am Pappelhain“ zu streichen.

Herr Exner verweist auf die zur April-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ausgereichte Mitteilungsvorlage zum „Zwischenbericht zum Arbeitsstand der Arbeitsgruppe Investcontrolling/PPP“ in der ein enormer Investitionsstau in Höhe eines dreistelligen Millionenbetrages ausgewiesen wurde. Insofern sei die Frage zu stellen, was sich noch aktivieren lasse, um den Investitionsbedarf decken zu können. Dabei könne das PPP-Modell im Einzelfall in Betracht kommen. Man müsse sich dabei aber die Genehmigungsbedingungen genau anschauen. Bei einem ausgeglichenen Haushalt käme ein „Eigenbau mit Kommunalkredit“ in Betracht; bei einem Haushalt mit einem Haushaltssicherungskonzept ist das nur im Ausnahmefall möglich und nur dann, wenn es sich um eine rentierliche Maßnahme handele. Diese Hürden seien zu nehmen und es gebe darüber hinaus eine Reihe von Unwägbarkeiten, weil die Voraussetzungen für eine Genehmigung in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich seien. Deshalb sei geplant, eine gemeinsame Richtlinie zu erarbeiten, die das erleichtert.

Herr Bretz betont, dass die Stadt bezüglich der Schulsanierungen Gefahr laufe, nie auf dem Laufenden zu sein, wenn die Abarbeitung so bleibe wie bisher. Damit entstehe eine Spirale, die nicht zu durchbrechen sei. Wenn die Möglichkeit bestehe, hier Abhilfe zu schaffen, so sollte diese auf jeden Fall geprüft werden. Deshalb werde die CDU-Fraktion dem vorliegenden Antrag auch zustimmen. Allerdings müsse auch klar sein – am Ende koste alles Geld und binde Mittel über eine entsprechende Laufzeit. Darauf müsse man sich einstellen.

Frau Bankwitz verweist darauf, dass auch die Auswirkungen auf die Betriebskosten zu prüfen seien; z. B. habe ein undichtes Fenster auch Auswirkungen auf die Heizkosten. Die beantragte Prüfung für alle Schulen und Kitas halte sie für zu

schwierig, zu aufwändig und zu kostenintensiv.

Herr Schubert betont, dass der Ansatz der Betrachtung sei, wenn zwei Seiten sanieren – also KIS und PPP – gehe es schneller. Er sei auch nicht für eine Unterbrechung wie z. B. bei der Schule „Am Pappelhain“, sondern dafür, zweigleisig zu denken.

Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass Herr Schubert den Eindruck erwecke, mit PPP wäre eine neue Finanzquelle gefunden. Er fragt, ob es genehmigungsfähig sei, wenn 20/30 Kitas über PPP saniert werden würden – also unabhängig von der Finanzlage der Stadt. An möglichen Objekten für die PPP-Variante mangle es in der Stadt Potsdam nicht; deshalb sollte man dafür den Campus Am Stern nicht nehmen.

Herr Exner antwortet darauf, dass PPP kein wertschöpfender Vorgang sei. Die genannten Objekte zu sanieren, koste im einzelnen sechsstellige oder mehr Beträge. Das gehe nur im Einzelfall und auch nur dann, wenn man die Rentierlichkeit nachweisen könne. Im Einzelfall soll heißen, es können auch mal 2 – 3 Objekte sein, aber auf keinen Fall alle. Vielleicht sei der richtige Mix die Lösung und die Antwort auf die Frage, wie der Investitionsstau abzubauen sei.

Herr Heinzel verweist auf die Zielstellung, nämlich den Abbau von Investitionsstaus. Darin seien sich alle einig und sollten nun auch den Mut haben, neue Wege zu beschreiten. Bei dem PPP-Modell sollten nicht nur die negativen, sondern auch die positiven Seiten betrachtet werden.

Herr Schüler betont, er habe weiterhin Probleme mit dem Antrag. Grundlage für die Finanzierung sei der Haushalt und somit sei die Frage, wie die Stadt zu dem notwendigen Geld komme, egal ob PPP oder nicht.

Herr Schubert antwortet darauf, dass es klar sei, dass das Geld koste. Er schlägt vor, im Punkt 1 in der vorletzten Zeile „... Sanierung, Instandhaltung und zum Betreiben von ...“ das **Wort** „mehreren“ **einzufügen**. Gleichzeitig bittet er, den Punkt 4 einzeln abzustimmen.

#### **Abstimmung:**

Der Ergänzung der DS 06/SVV/0225 um den Punkt 4 mit dem Wortlaut:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gesondert zu prüfen, ob die Projekte Pappelhaingrundschule und Campus Helmholtz-Gymnasium/Eisenhartschule in ein ÖPP-Projekt zusammenzufassen sind. Vor der Ausschreibung ist das Projekt und der Investitionsumfang der Stadtverordnetenversammlung zur endgültigen Beschlussfassung vorzulegen.*

*Das Projekt Pappelhaingrundschule ist bis zur kommunalaufsichtlichen Genehmigung als Projekt im Investitionshaushalt fortzuführen.*

wird  
mit 8 Ja-Stimmen **zugestimmt**,  
bei 6 Nein-Stimmen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Auf der Grundlage der durch die Verwaltung in der Aprilsitzung der Stadtverordnetenversammlung vorzulegenden Bedarfsanalyse für die Sanierung von Schulen und Kindertagestätten und der Schulentwicklungspla-

nung beauftragt die Stadtverordnetenversammlung den Oberbürgermeister mit der Vorbereitung einer öffentlichen Ausschreibung für eine Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsstudie zur Sanierung, Instandhaltung und zum Betrieb von mehreren Schulen und Kindertagesstätten bis zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im September 2006.

2. Zur Unterstützung und Begleitung des Projektes wird die Verwaltung aufgefordert, sich mit der Bitte um Unterstützung an die Task-Force PPP, die Stabsstelle beim Parlamentarischen Staatssekretär im BVMBS, zu wenden.
3. Die Stadtverordnetenversammlung beabsichtigt, auf der Grundlage der im September durch die Verwaltung vorzulegenden Ausschreibungsbedingungen für die Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsstudie, diese noch im Jahr 2006 öffentlich auszuschreiben.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gesondert zu prüfen, ob die Projekte Pappelhaingrundschule und Campus Helmholtz-Gymnasium/Eisenhartschule in ein ÖPP-Projekt zusammenzufassen sind. Vor der Ausschreibung ist das Projekt und der Investitionsumfang der Stadtverordnetenversammlung zur endgültigen Beschlussfassung vorzulegen.  
Das Projekt Pappelhaingrundschule ist bis zur kommunalaufsichtlichen Genehmigung als Projekt im Investitionshaushalt fortzuführen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 8  
Ablehnung: 6  
Stimmenthaltung: 1

**zu 3 Schulrechtsanpassungsgesetz  
Vorlage: 06/SVV/0312**

Herr Exner führt zu dem Antrag aus, dass die Formulierung – das Schulrechtsanpassungsgesetz laufe aus – nicht korrekt sei. Mit dem 01.01.2007 gebe es allerdings Änderungen in der Entschädigungsregelung. Er empfehle, den Antrag abzulehnen, da er keinen Gewinn für die Stadt sehe, so zu entscheiden.

Herr Richter ergänzt die Ausführungen dahingehend, dass die Stadt bei der hier beantragten zusätzlichen Bindung die wirtschaftlichen Folgen tragen müsse und empfiehlt ebenfalls, keine über die Regelungen des Gesetzgebers hinaus gehende Bindungen einzugehen. Mit den Garageneigentümern gebe es Gespräche; der beste Schutz für sie sei der Erwerb der Grundstücke.

Nach Meinung von Herrn Schüler sei der Antrag unkorrekt und der Auftrag an die Stadt nicht eindeutig. Ebenso sieht Herr Kümmel den Antrag zu undifferenziert, da in Potsdam unterschiedliche Situationen bezüglich der angestrebten Verwertung der Garagengrundstücke bestehen. Die Frage, ob ein Garagengrundstück bleibe oder nicht, sei eine Frage des Baurechts und des Willens der Stadt.

Herr Dr. Scharfenberg verweist darauf, dass die Problematik der Garagen nicht neu sei. Die Gespräche mit Pro Potsdam laufen „nicht schlecht“, aber das betreffe auch nur städtische Grundstücke. Die Fraktion DIE LINKE. PDS habe den An-

trag gestellt, weil sich die Situation für die Garagenbesitzer ab nächstem Jahr verschlechtere und es Kommunen gebe, die bereits Regelungen getroffen haben, wie z. B. langfristige Pachtverträge. Er meine, der Oberbürgermeister müsse sich dafür verantwortlich fühlen.

Herr Schüler betont, dass er sich gegen den Antrag ausspreche, wenn die Konditionen gleich blieben. Frau Bankwitz sieht in dem Kreis der Betroffenen eine kleine privilegierte Gruppe; das Anliegen des Antrages habe wenig mit sozialer Gerechtigkeit zu tun.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Vor dem Hintergrund des Auslaufens des Schuldrechtsanpassungsgesetzes am 31.12.2006 wird der Oberbürgermeister aufgefordert, den Prozess einvernehmlicher Regelungen zum Schutz der Garageneigentümer positiv zu begleiten und seinen Einfluss entsprechend geltend zu machen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	5
Ablehnung:	8
Stimmenthaltung:	2

Der **Hauptausschuss lehnt** den o. g. Antrag **ab**.

**zu 4**      **Sonderstraßenbaubeitragssatzung für die baulichen Maßnahmen der Landeshauptstadt Potsdam für den Zeitraum vom 21.11.1997 bis 05.08.2003**  
**Vorlage: 06/SVV/0391**

Der Oberbürgermeister gibt eingangs bekannt, dass der Ausschuss für Finanzen und der Ausschuss für Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft dem o. g. Antrag mehrheitlich zugestimmt haben. Im Weiteren verweist er auf ein Schreiben des Bürgervereins Bornim e. V., in dem auf die besondere Situation der Florastraße und der Potsdamer Straße hingewiesen und darum gebeten wurde, beide Straßen aus der Satzung herauszunehmen.

Herr Dr. Scharfenberg sieht in dem Anliegen des Bürgervereins Bornim e. V. die genannten Straßen herauszunehmen, die logische Folge der im Hauptausschuss geführten Diskussion. Eine Bürgerbeteiligung habe nicht stattgefunden und demzufolge sind die Anlieger nicht zu belasten.

Herr Schüler stellt die Frage, ob das rechtlich zulässig sei, zwei Straßen aus einer Satzung herauszunehmen. In der Tat bestehe das Problem, dass keine Beteiligung stattgefunden habe und die Bürger nicht ausdrücklich auf die Möglichkeit einer Stellungnahme hingewiesen wurden. Damit sind die Betroffenen schlechter gestellt als andere.

Herr Exner verweist darauf, dass das Kommunalabgabenrecht die Bürgerbeteiligung nicht als Voraussetzung für die Beitragspflicht sehe. Die Herausnahme von 2 Straßen habe eine Ungleichbehandlung zur Folge und für die Stadt natürlich finanzielle Verluste.

Herr Schubert sieht in der vorliegenden Satzung die Reparatur der Rechtsgrund-

lage, aber nicht des Vertrauensbruches der betroffenen Anwohner. Er schlage vor, einen Modus zu entwickeln, mit dem man das heilen könne. Mit der Änderung der Satzung sei das Problem nicht geklärt.

Herr Bretz unterstreicht, dass auch die Fraktion der CDU ihre Schwierigkeiten habe, der Beschlussvorlage zu folgen, da ein paar Punkte nicht zur Zufriedenheit aller geklärt wurden. Der Ausbau der Florastraße diene nur der Umsetzung der B-Pläne 11 und 12. Das werfe Fragen auf, wie z. B. die Verwaltung das Problem des Vertrauensschutzes sehe und wie sicher die Position der Stadt sei. Des Weiteren stehe die Frage, wie viel Grundstücke in der Florastraße betroffen seien und um welche Summen es sich schließlich handele. Er würde sich freuen, wenn die Verwaltung eine Lösung aufzeigen könne, die dem Mehrheitsbild der Stadtverordnetenversammlung entspreche.

Herr Kümmel meint, hier stehe man zwischen Recht und Vertrauen und empfiehlt, über die in § 4 festgelegte Beitragshöhe nachzudenken und diese für die betroffenen Straßen abzusenken. Er bittet die Verwaltung, diesen Vorschlag zu prüfen und die Vorlage so lange zurückzustellen.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass mit dem Beschluss nicht bis nach der Sommerpause gewartet werden könne. Andererseits sei die fehlende Befragung problematisch. Eine Satzung mit Ausnahmen zu beschließen, ziehe evtl. wieder rechtliche Probleme nach sich. Er schlage vor, bis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung die Regelungen des § 4 und die finanziellen Auswirkungen zu prüfen, wenn die Florastraße und die Potsdamer Straße nicht berücksichtigt werden.

Herr Bretz bittet, sich mit dem Bürgerverein Bornim ins Benehmen zu setzen.

Herr Dr. Scharfenberg schließt sich dem Vorschlag von Herrn Kümmel als eine Lösungsvariante an. Er betont, dass die Befragung der Anlieger auch dazu dienen solle, dass die auf den Umfang der Maßnahme Einfluss nehmen können.

Frau Paulsen gibt zu bedenken, dass die B-Pläne 11 und 12 keine Satzungsreife erlangt haben und damit der Ausbau in nicht notwendigem Maße erfolgte. Die Frage sei, ob man den Bürgern das zumuten könne.

Gegen das vorgeschlagene Verfahren, bis zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung die offenen Fragen zu beantworten, die Möglichkeiten der Herausnahme der Florastraße und der Potsdamer Straße sowie der Beitragsabsenkung im § 4 zu prüfen und mit den Betroffenen zu reden, erhebt sich kein Widerspruch.

**zu 5      Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans Nr. 8 Griebnitzsee**  
**Vorlage: 06/SVV/0394**

Der Oberbürgermeister informiert eingangs, dass der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen der Beschlussvorlage mit einer ergänzenden Festsetzung unter Punkt 4 zugestimmt habe. Darüber hinaus wurden Austauschblätter dazu und zur Korrektur fehlerhafter Formulierungen ausgereicht. Der Ausschuss für Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft hat der Vorlage ebenfalls zugestimmt.

Herr Schüler fragt anschließend nach, warum es diesem Auslegungsbeschlusses bedarf; er meine, er sei nicht erforderlich. Der Entwurf enthalte eine Reihe



von Regelungen, die er nicht mittragen könne, so z. B. die Anzahl und Größe der Bootshäuser. Ihn verwundere, dass auch da Bootshäuser vorgesehen seien, wo gar kein Interesse am Bau solcher bestehe. Außerdem habe er Schwierigkeiten mit der Qualität der Vorlage.

Frau Bankwitz bemängelt die Zaunhöhe, die die Erlebbarkeit des Naturschutzraumes nicht gewährleiste. Damit habe der Uferweg nur eine Gassenfunktion und dem könne sie so nicht folgen, auch wenn das historisch so war.

Herr Exner begründet die Notwendigkeit der Auslegung mit dem damit verknüpften Vorkaufsrecht. Bei einer Verzögerung beraube man sich selbst dieses Instruments und das sei kontraproduktiv. Da an die Auslegung rechtliche Folgen geknüpft seien, sollte der Beschluss unbedingt vor der Sommerpause gefasst werden.

Herr Dr. Scharfenberg meint, auch er habe Schwierigkeiten mit einer Reihe von Punkten und betont, dass man sich jetzt keine Fehler mehr leisten dürfe. Deshalb sollte insbesondere darauf geachtet werden, kein Konfliktpotenzial für die Zukunft entstehen zu lassen. Er schlägt vor, das zu prüfen und für die StVV am 07.06.2006 eine schriftliche Stellungnahme vorzubereiten. Darin soll auch seine Nachfrage beantwortet werden, ab wann die Baugenehmigungen erteilt werden.

Herr Schüler bittet in diesem Zusammenhang, eine Beschränkung der Höhe der Bootshäuser zu prüfen.

Der Oberbürgermeister sagt zu, die Anregungen aufzunehmen und eine Stellungnahme bis zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung auszureichen.

Er schlägt vor, trotzdem die Beschlussvorlage mit den **Änderungen aus dem Ausschuss für Stadtplanung und Bauen zur Abstimmung** zu stellen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 8 „Griebnitzsee“ ist gemäß § 3 Abs. 2 BauGB ist öffentlich auszulegen (s. Anlage 2).

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	7
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	6

**zu 6**

**Investorenservice**

**Vorlage: 06/SVV/0403**

Herr Schubert signalisiert namens der Fraktion SPD, dass er den Änderungsantrag der Fraktion CDU mit dem Wortlaut:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung bis zur Sitzung am ersten November die Ergebnisse aus der konzeptionellen Umsetzung aus der Einrichtung von Unternehmens- und Investorenservice für die letzten drei Jahre vorzulegen.“*

**übernimmt.**

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung bis zur Sitzung am

1. November die Ergebnisse aus der konzeptionellen Umsetzung aus der Einrichtung von Unternehmens- und Investorenservice für die letzten drei Jahre vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 12

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 3

**zu 7**

**Kooperationsvereinbarung Landtagsneubau**

**Vorlage: 06/SVV/0406**

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen hat der Vorlage mehrheitlich zugestimmt.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, wann die fehlende Anlage 3 ausgereicht werde und warum die Vereinbarung sowohl vom Oberbürgermeister als auch von der Vorsitzenden der Stadterordnetenversammlung unterschrieben werden müsse. Bezüglich des Finanzplanes fragt er nach, was an Risiken für die Stadt absehbar sei und welche Sicherheiten die Stadt gegenüber dem Land habe, da sie in Vorleistung gehe. Im Weiteren fragt Herr Dr. Scharfenberg, woraus sich der Regelungsbedarf zu § 3 Abs. 12 ergibt, um öffentliche Flächen für den Landtag zur Verfügung zu stellen.

Die Anlage 3, so Frau Jantzen vom Bereich Stadterneuerung, sei noch in Arbeit und werde nächste Woche vorgelegt. Hierzu war noch ein Gespräch zwischen Oberbürgermeister und der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Frau Wanka nötig, dessen Ergebnisse entsprechend einzuarbeiten seien. Die Unterschriftsleistung sei gemäß § 67 Abs. 2 GO geregelt und dann nötig, wenn eine Verpflichtungserklärung abzugeben sei, bei der es sich nicht um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handele. Das sei hier der Fall, so Herr Exner.

Bezüglich des Finanzplanes führt Herr Jesse vom Sanierungsträger im Weiteren aus, dass für die Untersuchung der Bodendenkmale 2,5 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Die Bodendenkmalpfleger gehen davon aus, dass mit 250 €/m<sup>2</sup> eine ausreichende Summe vorhanden sei, um alle Maßnahmen abzuarbeiten. So wolle man die Ecktürme der alten Burg sichern und den historischen Weinkeller des Schlosses wieder herstellen.

Bezüglich des § 3 Abs. 12 war die Aufnahme dieser Regelung der Wunsch des Landes und begründe sich darin, dass bei Veranstaltungen keine zusätzlichen Anträge zur Sondernutzung von Straßenland gestellt werden wollten.

Herr Dr. Grunold fragt nach der Notwendigkeit der Vereinbarung und ob diese eine gegenseitige Willenserklärung darstelle.

Der Oberbürgermeister antwortet darauf, dass diese Vereinbarung gebraucht werde, weil die Stadt in Vorleistung gehe. Das gehe aber nur, wenn der Landtag auch gebaut werde.

Daraufhin fragt Herr Dr. Scharfenberg, was passiere, wenn das Land seine Verpflichtungen nicht einhalte. Die Vereinbarung enthalte dazu keine Repressalien. Der Oberbürgermeister sagt zu, diese Frage zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu beantworten.

Ebenfalls auf Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg sagt der Oberbürgermeister zu, dass die Anlage 3 bis Nachmittag des 06.06.2006 ausgereicht werde.

Die fehlende Anlage 3 ist bis Dienstagnachmittag den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

**Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:**

**Die Landeshauptstadt Potsdam und das Land Brandenburg schließen auf der Grundlage des beigefügten Entwurfs unter dem Vorbehalt der Gewährung der erwarteten Fördermittel und einer gesicherten Gesamtfinanzierung eine Kooperationsvereinbarung ab.**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Verhandlungen mit dem Land auf der Grundlage des beigefügten Entwurfs fortzuführen und abzuschließen. Änderungen und Ergänzungen grundsätzlicher Art, insbesondere solche, die mit zusätzlichen finanziellen Aufwendungen für die Stadt verbunden sind, bleiben der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung vorbehalten.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	9
Ablehnung:	6
Stimmenthaltung:	0

**zu 8      Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für Modellprojekte der Jugendarbeit  
Vorlage: 06/SVV/0478**

Frau E. Müller bringt die Vorlage ein.

Frau Bankwitz bittet zu prüfen, ob von den Zuwendungen der Stiftung „Großes Waisenhaus zu Potsdam“ 21.000 € an „Exploratorium e. V.“ gegeben werden können, da sich dieser Verein mit seinen Chemielabor und seiner Experimentierwerkstatt dafür einsetze, Kinder und Jugendliche für die Wissenschaft zu begeistern. Sie meine, dieser Bereich werde bei Zuwendungen zu wenig bedacht.

Frau Dr. S. Müller weist darauf hin, dass die in der Vorlage genannten Projekte im Unterausschuss des Jugendhilfeausschusses vorbesprochen wurden und der Jugendhilfeausschuss entsprechend informiert wurde.

Frau E. Müller betont, dass die geförderten Projekte mit der Stiftung im Vorfeld abgestimmt wurden und es keinen Spielraum mehr gebe. Seitens der Stiftung gab es eine klare Vorgabe, dass die Förderung dem Stiftungszweck entsprechen müsse. Deshalb seien in der Vorlage die Projekte und die Höhe der Förderung konkret benannt.

Frau Knoblich merkt kritisch an, dass sie sich eine **Diskussion und Beschlussfassung** im Jugendhilfeausschuss gewünscht hätte. Zukünftig sollte die Verwaltung darauf stärker achten und „genauer hingucken“, denn es gebe weitere Beispiele, wo der Jugendhilfeausschuss nicht wie erforderlich einbezogen wurde.

Auf die Nachfrage von Herrn Heinzel benennt Frau E. Müller den Zeitraum der Förderung mit 2 Jahren.

Der Hauptausschuss beschließt:

Bewilligung einer außerplanmäßigen Ausgabe im Haushalt des Fachbereiches Jugendamt in Höhe von 76.050,00 EURO für die Durchführung von Modellprojekten der Jugendarbeit.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	14
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

**zu 9        Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 9.1     Stellungnahme der Verwaltung zu dem Eckpunktepapier - Novellierung der Gemeindeordnung**

Der Oberbürgermeister verweist auf die Festlegung des Hauptausschusses, eine Stellungnahme vorzubereiten und schlägt vor, einen entsprechenden Brief an das Innenministerium zu richten.

Herr Dr. Scharfenberg merkt Bezug nehmend auf die ausgereichte Stellungnahme an, dass er sich nicht daran erinnern könne, dass bezüglich Punkt 1 und 3 diese Einigung erzielt wurde. Hier gab es unterschiedliche Auffassungen.

Herr Bretz meint, dass Herr Dr. Scharfenberg der einzige war, der dazu eine andere Auffassung hatte. Er schlägt vor, die Stellungnahmen in die Fraktionen mitzunehmen, zu beraten und im nächsten Hauptausschuss abschließend zu behandeln.

Herr Dr. Scharfenberg schließt sich dem Vorschlag an und bittet um eine einvernehmliche Regelung auch zu evtl. strittigen Punkten.

**zu 9.2     Sachstandsbericht Freizeitbad**

Der Oberbürgermeister führt dazu aus, dass die Stadt in Diskussion mit dem Wirtschaftsministerium auf Mitarbeiter-Ebene eingetreten sei, wie ein Freizeitbad auszusehen habe. Er hoffe, dass die Gespräche zu guten Ergebnissen führen und ein Freizeitbad am Brauhausberg gebaut werde. Er betont, dass das Wirtschaftsministerium nicht den Niemeyer-Entwurf abgelehnt, sondern eine Ausschreibung gefordert habe - insoweit sei auch das in die Gespräche mit einbezogen. Er hoffe, dass ein Ergebnis noch vor der Sommerpause vorliege und werde den Hauptausschuss am 28.06.06 entsprechend informieren.

Frau Dr. Schröter fragt nach, welche Kompetenzen die Mitarbeiter des Wirtschaftsministeriums haben. Der Oberbürgermeister antwortet darauf, dass insbesondere Verfahrensfragen besprochen und „bis zu Ende durchdacht“ werden.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, ob der Oberbürgermeister die geforderte Ausschreibung akzeptiert habe. Auch dies, so der Oberbürgermeister, sei Gegenstand der Gespräche.

Auf Nachfrage von Herrn Schüler, was ausgeschrieben werde und welche Kosten dadurch entstehen, verweist der Oberbürgermeister darauf, dass er informieren werde, „wenn die Dinge zu Ende gedacht sind“.

### **zu 9.3 Informationen zum Zeitplan für die Haushaltsplanaufstellung 2007**

Herr Exner verweist auf den mit dem Eckwertebeschluss ausgereichten Zeitplan, der aus der Doppikumstellung resultiere. Man werde mit der Planung kameral beginnen, wenn der Eckwertebeschluss durch die Stadtverordnetenversammlung gefasst sei und anschließend in die Struktur des doppelischen Haushalts überleiten. Dies soll in dem am 01. Juni 06 stattfindenden Workshop für die Politik vertieft werden.

Herr Schubert meint, man müsse mit den Stadtverordneten eine Diskussion zu den Produkten führen, um zu klären, was sich dahinter verbirgt. Herr Exner bietet dazu den vorgeschlagenen „Gesprächskreis Politik“ an.

Herr Dr. Scharfenberg meint, die Verwaltung müsse einen größeren Vorlauf bezüglich der geplanten Veranstaltungen sichern, um den Stadtverordneten auch eine Teilnahme zu ermöglichen. Im Weiteren betont er, dass die Folgen der voraussichtlich späten Genehmigung des Haushalts durch das Innenministerium bedacht werden müssen. Bezüglich des Workshops am 10. Juni 2006 zum Bürgerhaushalt fragt er nach, ob die von ihm erbetene Teilnahme der Uni Potsdam gesichert sei. Herr Exner antwortet, er sei mit der Uni im Gespräch und es gebe diesbezüglich enge Kontakte.

Frau Paulsen bittet, die Auswirkungen auch für die freien Träger zu bedenken. Herr Exner verweist darauf, dass dafür bisher immer Mittel und Wege gefunden wurden und das wird auch 2007 so sein.

### **zu 9.4 Bericht zur Vorbereitung der Fussball-WM, insbesondere zu den erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen und zur Großleinwand am Brandenburger Tor**

Zum Stand der Vorbereitungen berichtet Herr Mertins vom Bereich Marketing und Kommunikation, dass seit 3 Tagen der Aufbau des Großbildschirms und der Besucherplätze erfolge. Das Areal werde eingezäunt und die Besucher durch eine professionelle Sicherheitsfirma kontrolliert. Der Bereich habe 2 Eingänge, die mit je 10 Leuten von Securitas gesichert werden. Diese arbeiten eng mit der Polizei zusammen. Täglich werden die Fußballspiele übertragen; zwischendurch werde ein Programm und Werbetrailer gezeigt. Auf der Bühne gebe es ein Nonstop-Programm von 11:00 bis 02:00 Uhr. Darüber hinaus werde eine Fanmeile auf der Brandenburger Straße bis zur Friedrich-Ebert-Straße errichtet und die Geschäfte öffnen während der Fußball-WM bis 22:00 Uhr und an den Wochenenden bis 0:00 Uhr.

Im Weiteren informiert Herr Mertins über das Programm der ukrainischen Fußballmannschaft und die Präsentation der Ukraine auf dem Luisenplatz.

## **zu 10      Sonstiges**

Herr Dr. Scharfenberg bittet um eine Stellungnahme des Oberbürgermeisters zur Ausreichung der Vorlage zum Freizeitbad, die nach Presseberichten nur den Fraktionen SPD und CDU zur Verfügung gestellt wurde. Diese Verfahrensweise halte er für nicht angemessen.

Der Oberbürgermeister führt dazu aus, dass es keine offizielle Vorlage gebe, die seine Unterschrift trage und über das Büro der Stadtverordnetenversammlung ausgereicht wurde. Es habe einen Entwurf einer Vorlage gegeben, die als Dringlichkeitsantrag in die Sitzung der StVV am 03. Mai 2006 eingereicht werden sollte. Im Vorfeld habe es dazu eine Sondierung gegeben. Da im Ältestenrat am 02. Mai 2006 das weitere Verfahren mit den Fraktionen gesprochen wurde, habe er von einem Dringlichkeitsantrag Abstand genommen. Durch die Sondierung im Vorfeld entstand der Eindruck, es gebe eine offizielle Vorlage, was aber nicht der Fall war. Er werde zukünftig sorgfältiger auf die Einhaltung der üblichen Verfahren achten.

Im Weiteren erinnert Herr Dr. Scharfenberg an die im Hauptausschuss getroffene Vereinbarung, dem Hauptausschuss die Feinplanung und die abgestimmte Fassung mit dem Land zum Parkhaus in der Schiffbauergasse zur Kenntnis zu geben.

Herr Jesse informiert über die erfolgte baufachliche Prüfung und darüber, dass in den nächsten Tagen die Gespräche mit dem Landesbauamt einvernehmlich zum Abschluss gebracht werden. Eine Information sei in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 14.06.06 möglich.

Frau Dr. Schröter bringt den Auftrag in Erinnerung, die Gehälter der Geschäftsführer offen zu legen.

Der Oberbürgermeister bestätigt dies und verweist auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, in der dieser Punkt aufgenommen wurde. Die Terminstellung sei der 30.06.2006, könne allerdings erst nach der Sommerpause erledigt werden.